



Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen

42. Sitzung (nichtöffentlich)

29. März 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitz: Adolf Retz (SPD)

Stenograf: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 URBAN 21

Vorlage 12/3282

1

Nach dem Bericht von Ministerin Brusis zu dem Thema Urban 21 verständigt sich der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden darauf, dem Präsidenten einen Brief mit der Bitte zu schreiben, ein Teilnehmerkontingent zur Weltkonferenz anzumelden. Die Fraktionen des neuen Landtages teilen dann mit, welche Abgeordneten an der Reise teilnehmen.

2 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4465

3

Der Ausschuss nimmt einen Bericht entgegen und verzichtet einstimmig auf eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf.

3 Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4475

4

Der Ausschuss kommt nach kurzer Aussprache überein, zu diesem Gesetzentwurf gegenüber dem federführenden Ausschuss keine Stellungnahme abzugeben.

4 Aktives Immobilienmanagement für Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/2557 und 12/2862

Vorlage 12/3199

Ausschussprotokolle 12/782 und 12/1244

5

Nach einer Aussprache kommt der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, den CDU-Antrag ohne Änderungen zur Kenntnis zu nehmen.

5 Rechtsverordnungen zur Landesbauordnung

- a) **Entwurf einer Verordnung über den Bau und Betrieb von Verkaufsstätten (Verkaufsstättenverordnung - VkVO -)**

Vorlage 12/3249

11

Der Ausschuss stellt zu dem vorgelegten Verordnungsentwurf einstimmig das Benehmen her.

- b) **Entwurf einer geänderten Verordnung über staatlich anerkannte Sachverständige nach der Landesbauordnung (SV-VO)**

Vorlage 12/3262

12

Der Ausschuss stellt das Benehmen her. Zu § 5 a Abs. 2 wird über eine vom Ministerium vorzulegende neue Formulierung mit den Sprechern der Fraktionen noch das Benehmen hergestellt. § 25 wird dann erforderlichenfalls entsprechend angepasst.

- c) **Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Technischen Prüfverordnung - TPrüfVO NRW -**

Vorlage 12/3275

15

Der Ausschuss stellt zu dieser Verordnung bei Stimmenthaltung der CDU das Benehmen her.

6 Bewilligung der Mietwohnungsbaumittel im Dezember 1999

Vorlage 12/3291

Ausschussprotokoll 12/1518

16

Dem Bericht des Ministers schließt sich eine Aussprache an.

7 Ergebnisse und Umsetzung der Organisationsuntersuchung

Vorlage 12/3163

18

Minister Dr. Vesper berichtet dem Ausschuss über den Stand der Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung. Daran schließt sich eine Diskussion an.

Nach Abhandlung der Tagesordnung

23

3 Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4475

Siegfried Zellnig (CDU) geht auf eine ihm vorliegende rechtliche Stellungnahme ein, die insbesondere eine Bewertung zu dem neu vorgesehenen § 1 Abs. 2 und zu § 4 Abs. 2 vornehme. In dieser Stellungnahme werde sehr deutlich gemacht, dass danach ein Verstoß gegen § 7 des Bundes-Bodenschutzgesetzes vorliegen könnte, weil der Bund den vorsorgenden Bodenschutz in seinen Bestimmungen abschließend geregelt habe. Hierbei handele es sich nicht nur um die Stellungnahme eines einzelnen Rechtssachverständigen, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände hätten sich diese Stellungnahme zu eigen gemacht. Er bitte dazu um eine Aussage der Landesregierung.

LMR Düwel (MURL) antwortet, die aufgeworfene Thematik betreffe die Frage, wie weit die Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers gehe. Die Landesregierung habe diese Frage intensiv geprüft und sich ihre Beantwortung in einem langen Prozess nicht leicht gemacht, sei aber der festen Überzeugung, dass der dem Parlament vorgelegte Gesetzentwurf insoweit vom Landesgesetzgeber ohne verfassungsrechtliche Bedenken beschlossen werden könne. Auch nach der durchgeführten Anhörung vertrete die Landesregierung die Auffassung, dass es bei dem vorgelegten Gesetzentwurf bleiben könne, weil der Gesetzentwurf verfassungsgemäß sei.

Minister Dr. Michael Vesper (MBW) verweist darauf, dass naturgemäß der federführende Ausschuss sich mit einer solchen Frage beschäftigen werde. Insofern rate dem Städtebauausschuss, sich nicht vertiefend mit dieser Frage zu beschäftigen.

Siegfried Zellnig (CDU) spricht sich auch gegen eine eingehende Beratung dieser Frage in diesem Ausschuss aus. Er habe aber auf die rechtlichen Bedenken hinweisen wollen, die ernst genommen werden müssten.

Gerd-Peter Wolf (SPD) schlägt vor, gegenüber dem federführenden Ausschuss keine Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf abzugeben. Die Änderungsanträge, die von den Regierungsfractionen im Fachausschuss eingebracht würden, behandelten auch diese beiden Paragraphen. Die darin vorgeschlagenen Verbesserungen würden hoffentlich den in der Anhörung vorgetragenen Bedenken Rechnung tragen.